

Greenpeace-Positionen zum UN-Biodiversitätsgipfel

Urwaldschutz ist Klimaschutz: Greenpeace fordert Einrichtung von Schutzgebieten

Der Klimawandel und der Verlust der Artenvielfalt sind die größten umweltpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Darüber beraten vom 19. bis 30. Mai die Staats- und Regierungschefs der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (UN Convention on Biological Diversity, CBD) in Bonn. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen der Schutz der Wälder, die Einrichtung eines weltweiten Netzwerkes von terrestrischen und marinen Schutzgebieten und dessen Finanzierung sowie eine engere Verknüpfung des internationalen Klimaschutzprozesses mit der CBD.

Fakten zum Biodiversitätsverlust

- Die Rate des Arten- und Lebensraumverlustes liegt heutzutage rund 1000 mal höher als je zuvor in der Erdgeschichte.¹
- Mehr als zwei Drittel aller an Land existierenden Arten leben in Wäldern.²
- Die weltweite Entwaldung steigt weiter an: pro Jahr gehen rund 13 Millionen Hektar Wald - die Fläche Griechenlands - verloren, am stärksten in den tropischen Urwaldgebieten.³
- Böden und Pflanzen von Wäldern speichern rund eine Billion Tonnen Kohlenstoff – rund 50 Prozent mehr als die Atmosphäre.⁴
- Die globale Vernichtung von Wäldern ist nach dem Energiebereich die zweitgrößte Quelle für CO₂ und verursacht rund 20 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen - mehr als der gesamte globale Verkehr.⁵

Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002, beschlossen die Ver-

¹Millenium Ecosystem Assessment (2005)

²FAO Global Forest Resources Assessment (2005)

³FAO Global Forest Resources Assessment (2005)

⁴FAO Global Forest Resources Assessment (2005)

⁵vgl. Stern-Report (2006); IPCC Vierter Sachstandsbericht (2007)

einten Nationen, den Artenverlust bis 2010 signifikant zu reduzieren. Die EU ging sogar noch einen Schritt weiter und hat sich 2001 in Göteborg das ambitionierte Ziel gesetzt, den globalen Verlust an Arten bis 2010 ganz zu stoppen.

Um das 2010-Ziel zu erreichen, beschlossen die CBD-Vertragsstaaten die Einrichtung eines weltweiten Netzes von Schutzgebieten bis 2010 an Land und bis 2012 auf See. Bisher wurden die CBD- Programme zu Schutzgebieten und Wäldern jedoch nicht umgesetzt:

- 14 Jahre nach Inkrafttreten der CBD sind weltweit erst 11 Prozent der Lebensräume an Land und weniger als ein Prozent der Meeresgebiete unter Schutz gestellt.
- Die Industriestaaten kommen ihrer Verpflichtung, den Entwicklungsländern neue, zusätzliche Finanzmittel zur Umsetzung der Biodiversitäts-Konvention bereit zu stellen (Artikel 20 CBD), bislang nicht nach.
- Selbst die beschlossenen Maßnahmen und Einrichtungen sind bislang dramatisch unterfinanziert. Der Finanzbedarf eines globalen Netzes von Schutzgebieten wird auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.
- Solange die Industriestaaten ihre finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllen, werden Entwicklungs- und Schwellenländer weiter den CBD-Prozess blockieren.

Die UN Konvention über biologische Vielfalt (CBD)

Die CBD- Konvention ist ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen, das bisher von 188 Staaten ratifiziert wurde. Es entstand 1992 bei den Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention des Weltgipfels in Rio de Janeiro und ist bisher das einzige globale Abkommen, das die

Aspekte der Artenvielfalt sowohl von Land- als auch Meerestieren berücksichtigt.

Mit dem Dokument erkennen die Unterzeichnerstaaten erstmals den Schutz der biologischen Vielfalt als gemeinsame Sorge der Menschheit und als integralen Bestandteil nachhaltiger Entwicklung an. Zudem wollen sie das traditionelle Wissen indigener Völkern und lokaler Gemeinschaften schützen und die Möglichkeiten traditioneller Nutzungen des Waldes erhalten.

Neben konkreten Vorschlägen zum Naturschutz und nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen, beinhaltet die CBD einen gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern (das so genannte „Access and Benefit Sharing of Plant Genetic Resources“, ABS).

Ablauf der Verhandlungen

12.-16. Mai 2008: Vertragsstaatenkonferenz (CoP/MoP4) des Biosafety-Protokolls unter der Präsidentschaft von Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer.

19.-30. Mai 2008: 9. CBD- Vertragsstaatenkonferenz unter der Präsidentschaft von Bundesumweltminister Gabriel.

28.-30. Mai 2008: Eröffnung des Ministersegments durch Angela Merkel und Sigmar Gabriel in Anwesenheit des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon, des brasilianischen Präsidenten Lula, des EU-Kommissionspräsident Barosso, des japanischen Ministerpräsidenten Koizumi (Präsidentschaft CBD ab 2010) und des kanadischen Ministerpräsidenten Harper.

Greenpeace auf der CBD

Greenpeace wird mit einer internationalen Delegation die Verhandlungen direkt begleiten und ist vor Ort für Presseanfragen erreichbar.

Mit einem Informationsstand ist Greenpeace auch auf der „Plaza der Vielfalt“, in der Nähe des Haupteingangs des Tagungshotels Maritim, vertreten.

Greenpeace Kinderkampagne 'Kids for Earth'

Am 1. März fiel mit einer Auftaktaktion auf den Hamburger Landungsbrücken der Startschuss für die neue Kinder- und Jugendkampagne 'Kids for Earth'. Bis zum Beginn der CBD und darüber hinaus machen sich Kinder und Jugendliche für den Schutz der letzten Urwälder und den Klimaschutz stark. Die jungen Umweltschützer werden in ganz Deutschland Banner malen, Unterschriften sammeln und Infostände organisieren.

Die CBD wird zum Höhepunkt der 'Kids for Earth'-Kampagne. Am 19. Mai treffen rund 300 Kinder und Jugendliche Umweltminister Sigmar Gabriel, die Bonner Oberbürgermeisterin und Vorsitzenden des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel (WMCCC) Bärbel Diekmann und den Exekutivdirektor des Sekretariats der CBD, Ahmed Djoghla. Die 'Kids for Earth' präsentieren dann ihre gesammelten Wünsche und Forderungen für den Urwaldschutz.

Geplante Greenpeace-Events

- 12. Mai, 10 Uhr: Teilnahme an der Auftaktveranstaltung zu Planet Diversity. Es findet eine internationale Demonstration zum Veranstaltungsort des Internationalen Protokolls für Biologische Sicherheit statt mit Reden von u.a. Percy Schmeiser, Vandana Shiva, José Bove. Treffpunkt: Kleine Blumenwiese, Rheinaue.
- 19. Mai, 13.00-14.00 Uhr: „Urwald Sause“ der Greenpeace-Kinderdelegation 'Kids for Earth' auf einer der Hauptbühnen am Robert-Schuhmann-Platz mit Umweltminister Sigmar Gabriel und dem Exekutivdirektor der CBD, Ahmed Djoghla.
- 20. Mai, 11 Uhr (angefragt): Pressekonferenz Entwaldung und Finanzierung von Urwaldschutz.
- 21. Mai, 13.15-14.45 Uhr (angefragt): Greenpeace Side-Event im Hotel Maritim zu aktueller Entwaldung und Finanzierung von Urwaldschutz.
- 22. Mai, 13.15-14.45 Uhr: Planet der Wälder – Multivisionsshow von Greenpeace-Fotograf Markus Mauthe im Hotel

Maritim mit Bildern und Geschichten aus sieben Urwaldregionen.

- 27. Mai, 13.15.-14.45 Uhr (angefragt): Greenpeace Pressekonferenz und Side Event zu Meeresschutzgebieten im Pazifik.
- 30. Mai, 11 Uhr: Greenpeace Abschluss- Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Verhandlungen.
- 20.-30. Mai täglich, am Greenpeace-Stand: Greenpeace „Golden Chainsaw Award“ mit Nominierung eines Kandidaten-Landes, das die Verhandlungen am meisten blockiert.

Tagesordnungspunkte der kommenden UN-Verhandlungen⁶

Verhandlungsschwerpunkte der CBD werden sein:

- Urwälder, Wälder: Auswirkungen der ungebremsten legalen und illegalen Entwaldung und dem Handel mit Holz auf das Klima und die Artenvielfalt. Handel mit illegal geschlagenem Holz als treibende Kraft der Zerstörung.
- Agrosprit: Ökologische Auswirkungen der intensiven landwirtschaftlichen Produktion von so genanntem Biosprit.
- Finanzierungsprobleme: Klärung der Finanzierung der beschlossenen Maßnahmen und Schaffung neuer Anreize zum Umsetzen der Konvention.
- Statusbestimmung der bisherigen Umsetzung der Biodiversitätsziele des Treffens in 2010.
- Festlegung einer globalen Strategie zum Schutz der Pflanzen und der Bekämpfung des Einschleppens fremder Arten. Klärung der Fragen nach einem sinnvollen Ökosystemansatz und dessen Umsetzung.
- Verhandlungen zu einem geregelten Zugang und einem gerechten Vorteilsausgleich von pflanzengenetischen Ressourcen – so genanntes „Access and Benefit Sharing of Plant Genetic Resources“ (ABS).

- Auswirkungen des globalen Klimawandels auf die Biodiversität, Einfluss der Urwaldzerstörung und der industriellen Landwirtschaft auf die Treibhausgasbildung (zusammen rund ein Drittel der weltweiten CO₂ Emissionen).

Kernpunkte der UN-Verhandlungen im Einzelnen

1. Urwaldschutz, Wälder und Entwaldung (Agendapunkte 3.4, 4.5, 4.7, 4.13)

Hauptziel ist es, den Verlust an Biodiversität sowie die hohen Emissionen von Treibhausgasen durch Entwaldung drastisch zu reduzieren. Ziel der Revision des Arbeitsprogramms zu Wäldern ist, eine Verbindlichkeit in der Umsetzung durch alle Unterzeichnerländer zu erreichen.

Greenpeace fordert:

- Die Einrichtung von Schutzgebieten für die letzten intakten Urwälder als wichtigsten Beitrag zum Schutz der Biodiversität und des Klimas.
- Die Verhandlungen zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation – REDD) sollen als Querschnittsaufgabe der CBD und der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) vorangetrieben werden, um einen langfristigen Schutz der letzten Urwälder und eine Reduktion fossiler CO₂-Emissionen zu garantieren.
- Durch ein europäisches Urwaldschutzgesetz soll der Handel mit Holzprodukten aus illegalem Einschlag verboten werden. Das Gesetz muss von der EU-Kommission vorgelegt werden.
- Schaffung eines sofortigen Moratorium für die Erschließung und Nutzung von Urwäldern.
- Die Einrichtung einer „Urwald-Polizei“, die für die Umsetzung und Einhaltung der Regelungen sorgt.

2. Klimawandel, Wälder und Biodiversität (Agendapunkte 3.4, 4.2, 4.5, 4.7, 4.13)

⁶<http://www.cbd.int> UNEP/CBD/COP/9/1

Urwälder und Biodiversität haben zwei Verbindungen zum globalen Klimawandel: Zum einen hat der globale Klimawandel schon jetzt negative Auswirkungen auf einzelne Arten und Lebensräume. Zum anderen tragen Entwaldung und Walddegradierung mit rund einem Fünftel der Emissionen zum globalen Klimawandel bei.

Die Entwaldungsfrage ist Gegenstand der Klimakonvention und der CBD. Bisher wurden jedoch noch keine formalen Prozesse geschaffen, wie etwa die Einrichtung von Urwaldschutzgebieten und ein Wald-Fonds miteinander verbunden werden können.

Greenpeace fordert:

- Die CBD soll einen Beschluss fassen, wie die Klima- und die Biodiversitätskonvention bei der Entwaldungsproblematik zusammen arbeiten können.
- Die Untergremien der Konventionen (Klima SBSTTA und Biodiv. SBSTTA) sollen ihre Konferenzen möglichst am gleichen Ort und direkt aufeinander folgend ansetzen, um möglichst viel Input und Anregungen in den jeweils anderen Prozess aufnehmen zu können.
- Eine Expertengruppe der CBD soll Biodiversitäts-relevante Vorschläge für die Ausgestaltung eines Finanzierungsmechanismus zur Vermeidung von Emissionen aus Entwaldung vorlegen. Hierbei müssen die Rechte Indigener Völker sowie die Regeln für „gute Regierungsführung“ der Unterzeichnerstaaten sicher gestellt werden.

3. Finanzierung des Urwaldschutzes und der Schutzgebiete (Agendapunkte 3.4, 3.8, 4.7 und 4.16)

Die Vorkonferenzen zur CBD im Februar 2008 in Rom⁷ haben gezeigt, dass die Verhandlungen zu Schutzgebieten und ihrer Finanzierung, wie auch zu Biodiversität und Klimawandel, Agrobiodiversität, Biotreibstoffen und dem Handel mit illegal geschlagenem Holz, festgefahren sind. Ohne ein Eingreifen höchster politischen Stellen, werden Staaten wie Brasilien, Australien, China, Kanada und Neuseeland die CBD weiter blockieren.

⁷11.-14.2. Ad Hoc Arbeitsgruppe zu Schutzgebieten; 17.-21.2. Subsidiary Body for Scientific, Technical and Technological Advice (SBSTTA 13) <http://www.cbd.int>

Die deutsche CBD-Präsidentschaft hat die herausragende Verantwortung, die Finanzierung von Schutzgebieten voranzutreiben.

Auf der UN-Klimakonferenz in Bali wurde beschlossen, die Entwaldung ab 2008 in die Klimaverhandlungen mit einzubeziehen, um dann in der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls ab 2013 finanzielle Mechanismen zur Vermeidung von Entwaldung zu etablieren. Das bedeutet jedoch, dass für die Jahre zwischen 2008 und 2013 noch kein Instrument vorhanden ist, um die weltweite Waldvernichtung über finanzielle Anreize zu reduzieren.

Greenpeace fordert⁸:

- Bundeskanzlerin Merkel auf, innerhalb der nächsten fünf Jahre zwei Milliarden Euro pro Jahr für den globalen Urwaldschutz zur Verfügung zu stellen.
- die Industriestaaten auf, bis 2013 jährlich rund 15 Milliarden Euro pro Jahr für den Stopp der Entwaldung und die Einrichtung von Waldschutzgebieten aufzubringen. Jeder G8-Staat müsste damit rund zwei Milliarden Euro pro Jahr aufbringen. Die Gelder sollen je zur Hälfte in die bilaterale Zusammenarbeit und einen Urwald-Fonds unter Verwaltung der UNEP angelegt werden. Nach speziellen Kriterien sollen die walddreichen Entwicklungsländer für den Verzicht auf Abholzung und die Einrichtung von Schutzgebieten entschädigt und unterstützt werden.

4. Agrosprit/'Bio'-Sprit (Agendapunkte 3.1 und 3.4)

Ein neues Thema der CBD ist die Bioenergieproduktion und ihre Auswirkung auf die biologische Vielfalt. Besonders der sich schnell entwickelnde Kraftstoffbereich („biofuels“) droht die bestehenden ökologischen Probleme der industriellen Landwirtschaft zu verschärfen.

Der rasante und großflächige Anbau für die Bioenergieproduktion wirft schon heute enorme ökologische Probleme auf, etwa die Vernichtung der Regenwälder in Amazonien oder Indonesien – und heizt das globale Klima auf.

Im Rahmen der CBD wird Agrosprit sowohl im Schwerpunkt Wälder als auch bei der Landwirt-

⁸ http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/the_men/waelder/FS-Zwei-milliarden_10apr08.pdf

schaft verhandelt. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen zeichnete sich ab, dass etwa Brasilien die Behandlung dieses Themas ablehnt. Deutschland will zwar Standards für die Produktion und den Verbrauch von Agrosprit verhandeln, trägt aber mit seinen Beimischungs-Quoten erheblich zur Urwaldzerstörung in den Tropen bei.

Greenpeace fordert⁹:

- Eine komplette und sofortige Abschaffung des Beimischungszwangs von Agrosprit in Deutschland und der EU.
- Die Einrichtung eines Moratoriums für Abholzungen von Wäldern zum Anbau von Pflanzen für Agrosprit (etwa Palmöl, Soja, Mais, Reis etc.).
- Die Verabschiedung von verbindlichen Kriterien für eine umweltverträgliche Produktion und Nutzung von Agrosprit und Bioenergie.
- eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion (ohne gentechnisch veränderten Organismen und ohne oder nur geringem Einsatz von Chemie).
- Kein Ausbau und keine Förderung von Bioenergie im Kraftstoff für Automobile.
- Den Stopp schädlicher Agrarsubventionen, die zur Waldzerstörung und Klimaerwärmung beitragen.

5. Rechte Indigener Völker stärken (Agendapunkte 3.4, 4.2 und 4.7)

Traditionelle Lebensweisen und Nutzungsformen der Wälder Indigener Völker tragen vielfach dazu bei, dass Wälder erhalten und langfristig geschützt bleiben.

Greenpeace fordert:

- Die CBD-Vertragsstaaten sollen die Gebiete und Rechte der traditionell in Wäldern lebenden Indigenen Volksgruppen gegenüber industriellen Nutzungsansprüchen sichern. Ist eine mit den Schutzziele des jeweiligen

Schutzgebietes zu vereinbarende wirtschaftliche Nutzung möglich, dann müssen primär die Bewohner der Schutzgebiete von den Erträgen dieser Nutzungen profitieren.

- Indigene Völker müssen an relevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen gleichberechtigt beteiligt werden.

6. Schutzgebiete auf der Hohen See (Agendapunkt 4.7)

Die internationalen Gewässer der Hohen See umfassen über Zweidrittel der Weltmeere. Im Rahmen der CBD hat die internationale Staaten-Gemeinschaft die zunehmende Bedrohung der marinen Biodiversität auf Hoher See durch industrielle Aktivitäten anerkannt.

Greenpeace fordert:

- Die Verabschiedung von wissenschaftlich fundierten Kriterien für die Identifizierung ökologisch oder biologisch wichtiger mariner Gebiete. Die Einrichtung von Schutzgebieten und mariner Reservate.
- Bis 2012 sind 40 Prozent der Fläche der Hohen See in völkerrechtlich geeigneter Weise als Schutzgebiete (High Seas Marine Protected Areas – MPAs) auszuweisen.
- Die Einrichtung von mehr Schutzgebieten in den Küstengewässern bis zur 200-Meilen-Grenze (der „ausschließlichen Wirtschaftszone“ eines Landes) und auf Hoher See. Hier liegen die EU-Mitgliedstaaten deutlich hinter ihren internationalen Verpflichtungen zurück. Die EU muss 2008 und 2009 die Ausweisung von so genannten „NATURA 2000-Schutzgebieten“ deutlich forcieren.
- Ein Verbot aller Nutzungen, die erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben oder haben können – wie etwa die intensive Fischerei und Gewinnung von Bodenschätzen – in den Meeresschutzgebieten der Küstenzonen und der Hohen See.
- Im Rahmen des cbd-Vorsorgeprinzips müssen zerstörerische Aktivitäten – wie etwa Tiefseebergbau – verboten werden.

⁹ http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/waelder/FS_Agrosprit_0803.pdf

7. Biopiraterie (Agendapunkt 4.1)

Die CBD-Vertragsstaaten haben vereinbart, die Vorteile gerecht aufzuteilen, die sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergeben. Die siebte Vertragsstaatenkonferenz (COP 7) in Kuala Lumpur beauftragte eine Arbeitsgruppe, ein internationales Regelwerk auszuarbeiten, das den Zugang und den gerechten Vorteilsausgleich für die Nutzung genetischer Ressourcen (ABS) reguliert.

Die Verhandlungen werden seit Jahren von einigen Industriestaaten - unter anderem Kanada, Australien, Neuseeland und Japan - aufgehalten. Ihre ablehnende Haltung begründen sie damit, dass eine ABS-Vereinbarung weder den Zugang zu genetischen Ressourcen einschränken noch Patentgesetze verändern dürfte.

Greenpeace fordert:

- Nur durch eine verbindliche Regulierung kann der unrechtmäßige Zugang zu genetischen Ressourcen verhindert werden. Deshalb muss ein völkerrechtlich verbindliches Regime als Protokoll unter der CBD beschlossen werden.
- Es muss sichergestellt werden, dass der weitere Zugang zu genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen nicht durch die Vergabe von Patenten eingeschränkt wird.
- In das Regelwerk der CBD müssen nicht nur alle (nicht menschlichen) Organismen, sondern auch deren Inhaltsstoffe und Derivate (abgewandelte Teilprodukte) einbezogen werden.
- Die Ursprungsländer müssen vor der Nutzung ihrer genetischen Ressourcen informiert werden und der geplanten Nutzung zustimmen. Sowohl den Ursprungsländern als auch indigenen Völkern und lokale Gemeinschaften muss das Recht zugestanden werden, Dritten den Zugang zu genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen zu verweigern.
- Auf Basis der 2007 verabschiedeten Konvention zum Schutz indigener Völker, muss die UN deren Rechte in der zukünftigen ABS-Konvention verankern. Die Zustimmung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften zur

Nutzung ihrer genetischen Ressourcen und ihres traditionellen Wissens muss freiwillig sein und vor dem Beginn der Nutzung erfolgen.

- Für genetische Ressourcen und traditionelles Wissen, die aus mehr als einem Land oder aus extraterritorialen Gebieten stammen (etwa der Antarktis) ist eine multilaterale Lösung der Gewinnaufteilung einzuführen.

Für Rückfragen, sowie Foto,- und Videomaterial wenden Sie sich bitte an:

- Martin Kaiser, Leiter der politischen Arbeit von Greenpeace International zur CBD , Tel. +49171-878 0817
- Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace Deutschland, Tel. +49171-878 0836
- Simone Miller, Pressesprecherin, Tel. +49171-870 6647, Björn Jettka, Pressesprecher, Tel. +49171-878 0778